

Untersuchungsgefängnis: ausgebucht

Längere Strafen und Massnahmen führen zu überbelegten Gefängnissen, Was sieh auf die Untersuchungshaft auswirkt

Weil das Sicherheitsbedürfnis wächst, füllen sich die Haftanstalten. Untersuchungsgefängnisse warten auf Polizeiposten auf eine freie Zelle, alte Gefängnisse müssen vorübergehend wieder geöffnet oder provisorisch ausgebaut werden.

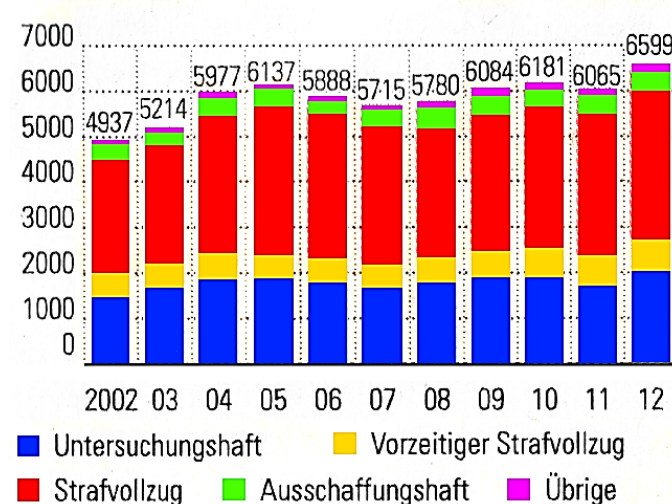
Daniel Gerny

«Im Luzerner Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof herrscht akuter Platzmangel», vermeldete die Luzerner Regierung Anfang Mai: Die Nachfrage nach Plätzen für die Untersuchungshaft übersteige das Angebot um 20 bis 30 Plätze. Auch das Basler Untersuchungsgefängnis Waaghof ist zeitweise zu 120 Prozent belegt, was dazu führt, dass Untersuchungsgefangene regelmässig auf den Polizeiposten zurückbehalten werden müssen. Im Kanton Baselland führt die Überbelegung dazu, dass das 2001 geschlossene Bezirksgefängnis Laufen vorübergehend wieder geöffnet werden musste. Und im Genfer Gefängnis Champ-Dollon ist die Lage wegen der chronischen Überbelegung inzwischen gar so drastisch, dass die Gefangenen meuterten und ein Teil des Personals zeitweise streikte (NZZ 6. 5. 13).

Mehr inhaftierte Personen

Die Beispiele stehen für die anhaltende Überbelastung der schweizerischen Gefängnisse, die sich nun auch auf die Untersuchungshaft überträgt. Weil ten-

Insassenbestand nach Haftform



QUELLE: BFS

NZZ-INFOGRAFIK/tcf



Besonders angespannt ist die Lage wegen der chronischen Überbelegung im Gefängnis Champ-Dollon.

SALVATORE DI NOLFI / KEYSTONE

denziell längere Strafen ausgesprochen würden und es immer weniger vorzeitige Entlassungen gebe, seien die Gefängnisse schweizweit überfüllt, sagt Robert Frauchiger, Sekretär des Strafvollzugskonkordats der Nordwest- und Innerschweiz. Hinzu kommen Massnahmen wie die Sicherheitsverwahrung und die ausländerrechtliche Administrativhaft (Ausschaffungshaft), die die Auslastung der Gefängnisse weiter erhöhen und zu einem Rückstau bis in die Untersuchungshaft führen.

Das lässt sich auch in Zahlen veranschaulichen: In den Jahren 2008 bis 2011 zählte das Bundesamt für Statistik (BfS) zwischen 1703 und 1894 Untersuchungsgefangene pro Jahr. Im Jahr 2012 waren es bereits 2051 inhaftierte Personen. Und während 2008 die Kapazitäten sämtlicher Anstalten (aus allen Kategorien) zu 86 Prozent ausgelastet waren,

waren es 2012 95 Prozent. Betrachtet man andere Zahlen aus einzelnen Kantonen, ergibt sich ein ähnliches Bild. Beispiel Basel-Stadt: Im laufenden Jahr wurden hier pro Woche bis jetzt im Schnitt 47 Personen verhaftet — im Jahr 2010 waren es nur 22 gewesen. Ein Ende dieses Trends scheint nicht absehbar: So steht im Kanton Basel-Landschaft demnächst eine Gesetzesänderung zur Diskussion, die die vorläufige Verhaftung erleichtern soll.

Teilweise lässt sich die Entwicklung mit den in den letzten Jahren gestiegenen Kriminalitätsraten erklären. So begründet der Kanton Baselland die Wiedereröffnung des Laufener Bezirksgefängnisses mit der gegenwärtigen Einbruchswelle. Doch Robert Frauchiger vom Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und der Innerschweiz macht dafür vor allem das gesteigerte Sicherheits-

bedürfnis in der Bevölkerung verantwortlich. Die Diskussionen der letzten Jahre seien an den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten nicht spurlos vorübergegangen, erklärt er. So erwarte die Bevölkerung bei Entscheiden über Vollzugslockerungen praktisch eine Null-Fehler-Quote, heisst es dazu auch in einem Bericht der schweizerischen Strafvollzugs-Konkordate von 2011: Das Angebot reiche deshalb bei weitem nicht aus, um den steigenden Bedarf an Vollzugsplätzen zu decken.

So sind nach Aussagen von Frauchiger Entlassungen nach zwei Dritteln der verbüsst Strafe anders als früher längst nicht mehr die Regel. Auch stationäre Massnahmen nach Artikel 59 des Strafgesetzbuches und Verwahrungen nehmen tendenziell zu und sie dauern vor allem länger, erklärt Florian Funk vom Ostschweizer Strafvollzugs

konkordat. Es handelt sich dabei zwar um verhältnismässig wenige Fälle, doch wegen der jahrelangen Dauer der Massnahmen beeinflussen sie die zur Verfügung stehenden Kapazitäten relativ stark. Aus diesen Gründen hat die Strafrechtsreform von 2007, die auf eine Reduktion der kurzen Freiheitsstrafen abzielte, nicht zur erwarteten Entlastung in den Anstalten geführt.

900 bis 1000 neue Plätze

In der Ostschweiz und insbesondere im Kanton Zürich sei der Rückstau auf die Untersuchungsgefängnisse zwar nicht so akut wie in anderen Kantonen, sagt Funk, der auch Leiter des Rechtsdienstes im Zürcher Amt für Justizvollzug ist. Im Straf- und Massnahmenvollzug fehlen aber auch hier Plätze, und auch Funk führt sie auf das gestiegene Sicherheitsbedürfnis zurück.

Gleichzeitig hält das Angebot an Haftplätzen mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt: Zwar befinden sich pro Jahr in absoluten Zahlen mehr Personen in Haft als um die Jahrtausendwende, doch während sich der Insassenbestand pro 100'000 Einwohner nur unwesentlich verändert hat, ist dieselbe Quote bei den Haftplätzen gemäss Bundesamt für Statistik von 92 im Jahr 2000 auf 87 im letzten Jahr zurückgegangen.

Weil derzeit sowohl das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung als auch die Kriminalität wächst, gelangt das System nun an seine Grenzen. Landein, landaus werden die Kapazitäten deshalb erhöht. So wird das Luzerner Haft- und Untersuchungsgefängnis Grosshof von 64 auf 104 Plätze aufgestockt. In Basel werden im Waaghof und im Bässlergut zusätzliche Haftplätze erstellt. Auch im bündnerischen Cazis ist eine Justizvollzugsanstalt mit über 100 Plätzen geplant. Zusätzliche Zellen sollen auch in Biel entstehen. Gesamtschweizerisch stellt die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) einen Kapazitätsausbau von 900 bis 1000 Plätzen in Aussicht. Doch die Planung geht noch weiter: Die Strafvollzugs-Konkordate wollen bis im Herbst einen Bericht vorlegen, der als Planungsgrundlage für zusätzliche Plätze im Strafvollzug dient.